



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) > [Presse](#) > **Pressemitteilungen**

Pressemitteilungen

Bayerns Europaminister reist in drei Länder des Westbalkans: Kosovo, Albanien und Montenegro

1. Oktober 2025

Von Mittwoch, 1. Oktober, bis Freitag, 3. Oktober 2025, reist Bayerns **Europaminister Eric Beißwenger** auf den Westbalkan mit Stationen im Kosovo, in Albanien und Montenegro.

Beißwenger: „Es geht um Europas Stärke und inneren Zusammenhalt. Die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn in der Region ist Kernbestandteil der bayerischen Außenstrategie. Bayern hat hier eine besondere Rolle und Verantwortung. Der Westbalkan hat bereits beachtliche Erfolge im Hinblick auf die demokratische Entwicklung, die Bemühungen für internationale Anerkennung und Stabilität erzielt. Dies verdient großen Respekt und Anerkennung. Aber es liegt noch ein weiter Weg vor den Staaten des Westbalkans. Wichtig ist nun der Aufbau einer leistungsfähigen Verwaltung. Bayern unterstützt die Länder gerne bei notwendigen Reformen. Darüber hinaus bietet die Region aber auch Chancen und Perspektiven für die bayerische Wirtschaft. Die Stabilisierung des Westbalkans ist für Bayern von hohem Interesse: Bayern ist aufgrund seiner geographischen Lage stets erste Anlaufstelle für Fluchtbewegungen aus der Region. Darüber hinaus beherbergt Bayern große Bevölkerungsgruppen aus allen Westbalkan-Staaten, so dass Spannungen in der Region sich auch immer unmittelbar in Bayern auswirken können.“

Im Rahmen der Reise wird Beißwenger als offizieller Vertreter der Bayerischen Staatsregierung an den Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit in der albanischen Hauptstadt Tirana teilnehmen. Zudem werden in den drei Ländern politische Gesprächstermine auf höchster Ebene wahrgenommen. Die engen Beziehungen Bayerns zu vielen Staaten des Westbalkans, aus denen zum Teil große Bevölkerungsteile in Bayern eine zweite Heimat gefunden haben, sollen durch Besuche betont werden. Bayern sieht sich als „Brückenbauer“ zwischen den Staaten West- sowie Mittel- und (Süd-)Osteuropas und unterstützt die Staaten auf ihrem Weg in die Europäische Union.

